

Verschweigen von Archivmaterial aus dem Jahr 1948: Der Fall des Riftin-Berichts

Akevot

(Nicht offizielle Übersetzung:)

Im November 2017 haben wir der Militärzensur ein Dokument aus dem Jahr 1948 zur Prüfung vorgelegt, das eine Untersuchung schwerer Verbrechen beschreibt. Acht Monate später hat die Zensur immer noch keine Entscheidung getroffen, ob sie die Freigabe des Riftin-Berichts genehmigt oder verweigert. Dieser Fall ist ein Beispiel dafür, wie verschiedene Mechanismen die Freigabe von Archivalien verhindern, die den Staat in Verlegenheit bringen könnten.

1957 sprach Yaakov Riftin, ein Mitglied der Mapam (Partei der Arbeiterunion) und früheres Mitglied des Sicherheitskomitees des Jischuw, über einen Auftrag, den er im Februar 1948 vom Vorsitzenden des Komitees, David Ben Gurion, erhielt:

"An einem Punkt war ich eine Ein-Mann-Untersuchungskommission. Ich wurde von Ben Gurion gebeten, Beschwerden von verschiedenen Parteien über außergerichtliche Hinrichtungen zu untersuchen. Er verlangte, dass ich mehrere Fälle untersuchte, die Araber betrafen – im Norden etwas über Yigal Alons Auto, das einen Araber in den Kofferraum nahm, ihn anschleppte und ihn dann tötete. Später geschah auch etwas im Süden. Diese Fälle, und nicht nur Araber betreffend, sondern auch Leute, die der Spionage verdächtigt wurden, es gab solche Fälle, die Besorgnis erregten. Ich bekam die Befugnisse einer Untersuchungskommission und eine Sekretärin – Nehamia Argov. [...] Ich verhörte mehrere Personen. Ich flog mit einer Piper nach Nir-Am oder ähnlichem, wo es einen Stützpunkt gab, und ich legte Ben Gurion einen Bericht vor." (1)

Ben Gurions Ernennungsschreiben für Riftin, geschrieben am 10. Februar 1948, war etwas spezifischer. Ben Gurion schrieb:

"Ich habe Beschwerden und ernsthafte Anschuldigungen über Racheakte und Gesetzlosigkeit unter einigen Mitgliedern der Organisation [der Hagana] und des Palmach erhalten: Raub an Arabern, Mord an Arabern und Polen ohne Grund oder ohne ausreichenden Grund und in jedem Fall ohne Gerichtsverfahren, unzulässige Handlungen, die sich auch gegen Juden richten, Fälle von Diebstahl, Unterschlagung, Folterung von Arabern bei Verhören und dergleichen.

Solche Taten, wenn sie wahr sind, sind eine moralische und politische Gefahr für die Organisation und den Jischuw, und es müssen die strengsten Maßnahmen angewendet werden, um sie auszumerzen. Die Angelegenheit muss zuerst überprüft und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. Zu diesem Zweck beauftrage ich Sie, einige Fakten zu untersuchen, die mir von den Leitern des Geheimdienstes [der Hagana] zur Kenntnis gebracht wurden."

Ben Gurion fügte dem Brief eine Liste von fünfzehn Vorfällen bei, die ihm von David Shaltiel, dem Leiter des Geheimdienstes der Hagana (Shai), zur Kenntnis gebracht worden waren. Dazu gehörten Morde, außergerichtliche Hinrichtungen, Raub und Plünderungen. Riftin führte seine Untersuchung in den folgenden Tagen durch. Auf der letzten Seite seines 18-seitigen Berichts listete er die Namen von 15 Mitgliedern der Hagana auf, einige davon hochrangig, die er befragt hatte. Der Bericht listet Riftins Ergebnisse in Bezug auf die fünfzehn Vorfälle auf, die in der dem Ernennungsschreiben beigefügten Liste genannt wurden, sowie fünfzehn weitere Vorfälle, von denen er während der Untersuchung erfuhr und die er nicht untersuchte.

Die Existenz von Riftins Bericht ist kein Geheimnis. In der akademischen Literatur werden Riftins Empfehlungen als ein wichtiger Faktor bei der Entscheidung zitiert, einen Militärstaatsanwalt für die IDF zu ernennen und das Korps der Militärgeneralanwälte einzurichten. (2) Ben Gurions Ernennungsschreiben wurde in der akademischen Literatur ebenso zitiert wie einige der Empfehlungen, (3) und die Ergebnisse der Untersuchung der Vorfälle wurden zusammengefasst. (4) Der Bericht selbst ist jedoch nie veröffentlicht worden. Eine Kopie des Berichts wird im IDF and Defense Establishment Archive (IDEA) aufbewahrt. Eine Kopie wird in mindestens einem weiteren Archiv aufbewahrt.

Im September 2016 sowie im Januar und Februar 2017 diskutierte das Ministerkomitee für die Deklassifizierung von Archivmaterial über die Deklassifizierung des Riftin-Berichts sowie über zwei weitere Angelegenheiten. (5) Ein Mitglied der Öffentlichkeit hatte darum gebeten, Zugang zu der im IDF-Archiv aufbewahrten Kopie zu erhalten. Da die Frist für den eingeschränkten Zugang verstrichen ist, kann der Zugang nur durch eine Entscheidung des Staatsarchivars mit Zustimmung des ministeriellen Komitees verweigert werden, das nach § 10(c) des Archivgesetzes eingerichtet wurde. Das Komitee lehnte letztlich die Meinung des leitenden Staatsarchivars ab, dass der Bericht deklassifiziert werden sollte, und beschloss, die Kopie des Riftin-Berichts (sowie die anderen darin besprochenen Materialien) für weitere fünf Jahre unter Verschluss zu halten. (6)

Forscher des Akevot-Instituts fanden und digitalisierten eine andere Kopie des Riftin-Berichts im Yad-Tabenkin-Archiv. Am 5. November 2017 reichte Akevot den Bericht bei der israelischen Militärzensur zur Überprüfung vor der geplanten Veröffentlichung auf der Akevot-Website ein.

In einem Telefongespräch bestätigte ein Mitarbeiter der Militärzensur, dass sie nicht verpflichtet sei, der Entscheidung des Ministerkomitees zu folgen, aber dass das Büro das Dokument dennoch nach ihren, wie er es nannte, *"eigenen Überlegungen"* überprüfen wollte. Einige Monate später und nachdem Akevot einen Brief geschrieben hatte, in dem sie die Zensur aufforderte, innerhalb von sieben Tagen eine Entscheidung zu treffen, erhielt Akevot eine Kopie des Berichts, in dem jede Seite eingekreist und mit dem Wort *"on hold"* (auf Eis gelegt) versehen war, mit anderen Worten, von der Veröffentlichung ausgeschlossen, bis die endgültige Entscheidung der Militärzensur vorliegt. Trotz mehrerer Mahnungen hat die Militärzensur in den letzten acht Monaten noch keine Entscheidung darüber getroffen, ob sie die Veröffentlichung dieses Dokuments vom März 1948 zulässt.

Der Fall des Riftin-Berichts ist Teil des viel größeren Bildes der Versuche, die Veröffentlichung von Archivmaterial zu verhindern, das sich auf Schaden bezieht, den Israelis 1948 und später Zivilisten zugefügt haben. Das Militärberufungsgericht prüft derzeit den Antrag eines Historikers auf Freigabe von Dokumenten über das Massaker von Kafr Qassem im Jahr 1956, der gegen den erbitterten Widerstand der israelischen Militärzensur (die sich auf zwei Stellungnahmen ungenannter Personen stützt), der Abteilung für Informationssicherheit der IDF und des Außenministeriums gestellt wurde. Andere Dokumente, die sich auf die Tötung palästinensischer Zivilisten während der Besetzung des Gazastreifens im Jahr 1956 beziehen und im IDF-Archiv gelagert werden, wurden wieder verschlossen, obwohl sie in der Vergangenheit zugänglich gewesen waren. (7) Das Gleiche gilt für Akten des israelischen Staatsarchivs, die sich auf schwerwiegende Vorfälle beziehen, über die zum Zeitpunkt ihres Auftretens ausführlich berichtet wurde. (8)

In der gegenwärtigen Situation werden zwar viele der Vorfälle in der Presse und in der historischen Literatur diskutiert, aber der Staat gibt sich große Mühe, die Veröffentlichung der Archivunterlagen, die die Vorfälle und die Reaktionen des Staates darauf dokumentieren, mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit, die nationale Sicherheit und die Außenbeziehungen zu schützen, zurückzuhalten. Das Ergebnis ist die Verzerrung der Geschichte und die Verweigerung sowohl einer Aufzeichnung unserer nahen Vergangenheit als auch der Fähigkeit, eine faktenbasierte Diskussion über Kriegsverbrechen zu führen, die von IDF-Soldaten und Mitgliedern der Sicherheitskräfte im Laufe der Jahre begangen wurden, einschließlich vor der Staatlichkeit, und wie man mit ihnen abrechnet.

Die Praxis, der Öffentlichkeit den Zugang zu Dokumenten zu verweigern, die sich auf Übergriffe gegen Zivilisten beziehen und die den Staat, seine Institutionen und seine Agenten in einem wenig schmeichelhaften Licht darstellen könnten, stützt sich konsequent auf Argumente, die sich auf den Schutz der nationalen Sicherheit und der auswärtigen Beziehungen beziehen, die wiederum auf geheimen Gutachten beruhen, die niemals öffentlich hinterfragt werden. Es wäre nicht übermäßig vermessen, die wiederholten Versuche in Frage zu stellen, die Veröffentlichung jahrzehntealter Dokumente mit aktuellen Sicherheitsbedenken und diplomatischen Beziehungen in Verbindung zu bringen. Was hingegen nicht in Frage gestellt werden kann, ist, wie entscheidend die Deklassierung von verborgenem Archivmaterial für die Fähigkeit verschiedener Teile der Gesellschaft ist, ihre dokumentierte Geschichte kennen zu lernen. Das Wissen über die Vergangenheit ist wesentlich für die Ausübung von Rechten, für die Anerkennung vergangenen Unrechts, für die Förderung von Gerechtigkeit und Heilung innerhalb und zwischen verschiedenen Gruppen. Daher ist die Freigabe von Archivmaterial ohne unangemessene Verzögerungen wesentlich für den Fortschritt der Gesellschaft, und es ist nicht weniger ein öffentliches Interesse als die, die als Rechtfertigung für das fortgesetzte Verbergen von Verbrechen angeführt werden, die vor der Gründung des Staates Israel begangen wurden.